

# «Initiative richtet Schaden an»



Muslime beim Freitagsgebet in Zürich: 130 muslimische Kultur- und Gebethäuser gibt es in der Schweiz.

REUTERS

**Die Minarett-Initiative kommt vors Volk. Der Luzerner Professor Martin Baumann erklärt, weshalb damit Muslime unter Generalverdacht gestellt werden.**

INTERVIEW VON FLORIAN RIESEN

**Martin Baumann, würde ein Verbot von Minaretten Rechte wie die Religionsfreiheit verletzen?**

**Martin Baumann\***: Ja, es würde die europäische Menschenrechtskonvention verletzen. Viel wichtiger scheint mir aber der politische Schaden zu sein, den die Initiative anrichtet. Wichtige internationale Institutionen haben ihren Sitz in Genf. Zudem wird die Schweiz gerne als Modell des Zusammenlebens verschiedener Sprachen und Kulturen angepriesen. Wie würde man als Staat dastehen, wenn das Verbot angenommen würde, man sich sonst aber Toleranz, Friedfertigkeit und Offenheit auf die Fahnen schreibt? Im Abstimmungskampf wird es zudem zu einer weiteren Polarisierung und Ausgrenzung von Muslimen kommen.

**Eine Debatte sollte aber möglich sein.**

**Baumann**: Die Vorlage stellt eine Religion mit 1,5 Milliarden Menschen unter Generalverdacht. Aus demokratischer Sicht kann man sich die Debatte natürlich leisten. Aussenpolitisch ist daraus aber absolut kein Gewinn zu erzielen. Gerade die Schweiz als wichtiger internationaler und neutraler Staat sollte sie sich ersparen. Zudem stammen die Muslime in der Schweiz vorwiegend

sie hochgradig angepasst; der grösste Teil kommt aus Bosnien. Die Schweiz tut sich keinen Gefallen, wenn sie diese Menschen einfach in eine Ecke drängt.

**Mit Vorstössen wie der Minarett-Initiative lassen sich Wähler gewinnen.**

**Baumann**: Das stimmt. Das Instrumentalisieren von Religion durch die Politik hat zu einer Polarisierung und zu einem Stimmengewinn für das rechte Lager beigetragen. Strategisch ist das Kalkül für die Rechte damit aufgegangen. Die Initianten der Minarett-Initiative sind in den Schlagzeilen. Sie konnten auch in der Schweiz das negative Bild des Islams zementieren.

**Barack Obama hat in seiner Rede an die muslimische Welt ein anderes Bild des Islams gemalt. Hat dies Einfluss auf die Diskussion bei uns?**

**Baumann**: Obama hat mit seiner Rede auch ein Zeichen gesetzt, wie mit Minderheiten einer Weltreligion umgegangen werden soll. Hoffentlich wird nun den Scharfmachern klar, dass sie sich mit ihren demagogischen Argumenten in eine Ecke verrannt haben, die weit von der Realität entfernt ist. Wünschenswert wäre ein echtes Gespräch darüber, wie der Islam in der Schweiz überhaupt aussieht.

**Für die Befürworter der Initiative stellt ein Minarett den politischen Machtanspruch des Islams dar.**

**Baumann**: Solche Aussagen sind reine Polemik. Ich halte sehr wenig davon. Minarette sind nicht im Koran erwähnt,

## EXPRESS

► Der Ständerat empfiehlt die Minarett-Initiative zur Ablehnung.

► Die Schweiz erweise sich mit der Abstimmung keinen Gefallen, findet der Experte.

Bibel. Ein Minarett ist als Zeichen zu verstehen, das auf den Standort eines muslimischen Gebethauses, einer würdigen Religionsstätte verweist. Heute sind Gebetsräume von Muslimen vielerorts an den Rand gedrängt. Dies drückt auch aus, dass Muslime noch kein vollgültiger Teil unserer Gesellschaft sind.

**«Minarette sind nicht im Koran erwähnt, ebenso wenig wie Kirchtürme in der Bibel.»**

MARTIN BAUMANN

**In muslimischen Ländern erschallen von Minaretten fünfmal täglich die Rufe von Muezzins. Kommt diese Forderung bald auch in der Schweiz?**

**Baumann**: Nein, das ist keine Forderung der Muslime in der Schweiz. Das Minarett ist für die Muslime ein Symbol der Anerkennung als Partner in der Gesellschaft. Weitergehende Ansprüche sind schon erfolgte Einrichtungen von muslimischen Grabfeldern, um eine würdige Bestattung zu ermöglichen. Von einer Berieselung der Schweiz durch Imam-Rufe, wie es in den Schriften der Rechten heisst, kann keine Rede sein.

## HINWEIS

► Martin Baumann ist Leiter des Religionswissenschaftlichen Seminars der

## STÄNDERAT

### Überdeutliches Nein zur Initiative

Die Mehrheit des Ständerats war wie Bundesrat und Nationalrat der Ansicht, dass die Minarett-Initiative zwar wichtige Grundsätze wie die Religionsfreiheit oder das Diskriminierungsverbot, nicht aber zwingendes Völkerrecht verletzt. Ein Antrag von Theo Maissen (CVP, Graubünden), die Initiative für ungültig zu erklären, wurde mit 24 zu 16 Stimmen abgelehnt. Aus seiner Sicht entstünde bei einer Annahme an der Urne ein Widerspruch in der Bundesverfassung, insbesondere bezüglich Glaubens- und Gewissensfreiheit. «Freiheitsrechte sind nicht verhandelbar», sagte Maissen.

### Grenzen der Toleranz

Maximilian Reimann (SVP, Aargau) bezeichnete es als undemokratisch und unschweizerisch, «mit dem Mittel des Maulkorbs politische Lösungen herbeizuführen». Er argumentierte, dass Christen in gewissen muslimischen Staaten diskriminiert würden und erklärte: «Toleranz hat dort ihre Grenzen, wo ich feststellen muss, dass die Gegenseite intolerant ist.» Reimanns Antrag, die Initiative zur Annahme zu empfehlen, wurde aber mit 36 zu 3 Stimmen klar abgeschnitten.

Die Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten» war im Frühling 2007 von SVP- und EDU-Politikern aufgrund verschiedener Baugesuche für Minarette lanciert worden.